

**FRAKTIONSSTELLUNGNAHME ZUM
KREISHAUSHALT 2010
Mo., 16.11.2009
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
meine sehr verehrten Kreistagskolleginnen und –kollegen,
sehr verehrte Gäste,

*„Wenig nützt der Pessimist,
wenn die Sache schwierig ist.
Die Krise wird von dem gemeistert,
der überzeugt und auch begeistert !“*

Aus gutem Grund habe ich diesen Vierzeiler, der dem früheren Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel zugeschrieben wird, meiner diesjährigen Haushaltsrede vorangestellt.

Denn, auch wenn wir die schwierige Ausgangsposition der diesjährigen Haushaltssituation nicht verkennen, vermissen wir in den Haushaltsreden des Landrats und des Kreiskämmerers schon etwas von der Rommel'schen „Zuversicht in schwieriger Zeit“, die angesichts der historischen Erfahrungen z.B. aus der Weltwirtschaftskrise gerade in der jetzigen Krise mehr helfen würde als die von der Verwaltung vorgeschlagene „Vollbremsung“ bei den öffentlichen Ausgaben und Investitionen.

Denn nach wie vor gilt das zur sog. „antizyklischen staatlichen Konjunkturpolitik“ weiterentwickelte Prinzip von John Meynard Keynes, das alle staatlichen Ebenen zu verstärkten Investitionen gerade dann auffordert, wenn es der privaten Wirtschaft schlecht geht. Dabei gestehe ich durchaus zu, dass die Kunst bei der Umsetzung dieses Prinzips weniger beim Geldausgeben in schwieriger Zeit, sondern vielmehr beim Sparen, Maßhalten und Schuldenabbau in guten Zeiten besteht.

Für nicht vertretbar halten wir es insbesondere, dass der jährlich einvernehmlich über alle Fraktionen festgesetzte Betrag zum Abbau der Sanierungs-Altlasten von der Verwaltung auf 1,4 Mio € zurückgefahren wurde. Und dies obwohl jedermann weiß, dass ein Verschieben überfälliger Sanierungen zu Schäden und damit Kostensteigerungen führt, die unterm Strich teurer kommen wie ein rechtzeitiges Durchführen der Maßnahmen, ggf. auch mit Fremdmitteln. Deshalb beantragen wir, den aufgrund der Erhebungen als Priorität A ausgewiesenen Betrag von 3,2 Mio € zum Abbau des Sanierungsrückstaus einzusetzen und damit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Betrag um gut 1,7 Mio € erhöhen.

Das Argument, dass ja durch die Maßnahmen im Konjunkturpaket und Nachtragshaushalt diesbezüglich schon einiges abgearbeitet wurde, lassen wir nicht gelten, sollen doch dadurch gerade zusätzliche Mittel zur Stützung der Konjunktur eingesetzt werden, die zumindest solange nicht aufgerechnet werden dürfen, solange diese Konjunkturkrise nicht überwunden ist.

Genauso wichtig ist es für unsere FDP/FW-Fraktion, dass der im Jahr 2009 trotz Baubeschluss und anberaumtem „Baggerbiss“ gestoppte Neubau der Mensa im Beruflichen Schulzentrum Waiblingen nicht auf den „Sankt-Nimmerleinstag“ verschoben, sondern dafür eine erste Rate von 1 Mio € in den Haushalt 2010 eingestellt wird, der eine ähnlich hohe Rate im Haushalt 2011 folgen muss. Alle die sich wie die Mitglieder der Baukommission und viele andere Kreisräte die örtlichen Verhältnisse angesehen haben, kommen zu dem Schluss, dass diese Zustände nicht noch jahrelang beibehalten werden können.

Die vor fast 20 Jahren als Provisorium eingebaute Cafeteria genügt den Bedürfnissen der heute weit über 4000 Schülerinnen und Schülern im Waiblinger Zentrum längst nicht mehr und der Landkreis hat hier auch eine Vorbildfunktion als Aufsichtsbehörde - denn wie kann er von Dritten die Einhaltung von Vorschriften einfordern, wenn er diese bei seinen eigenen Einrichtungen vernachlässigt.

Beim Sanierungsrückstau unserer Krankenhäuser, der sich ja ebenfalls auf über 20 Mio € beläuft, gilt das vorher Gesagte genau so. Deshalb halten wir die fürs Jahr 2010 eingestellten 1,7 Mio € für eine Untergrenze. Bedenken wir, dass bauliche Mängel und ein fehlender Mindeststandard zur Abwanderung von Patienten beitragen, die man unter Umständen auch nach Einweihung des Neubaus nicht mehr zurückgewinnen kann.

Schließlich beantragen wir, den Ansatz für Kreisstraßenbau um 1 Mio € zu erhöhen, um u.a. damit den Radweg im Murrtal bis zur Kreisgrenze Ludwigsburg bauen bzw. die Ortsdurchfahrt Spiegelberg – Jux sanieren zu können.

Zusammen kommen wir damit auf unseres Erachtens maßvolle Erhöhungen im Investitionsbereich von 3,7 Mio. €.

Zur Gegenfinanzierung schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

Angesichts der seit Jahren erzielten Überschüsse bei den Personalausgaben (2008 wurden z.B. von den angesetzten fast 53 Mio € weniger als 50 Mio € benötigt) beantragen wir eine globale Minderausgabe in Höhe von 800.000.-- €.

Weiter sind U.E. die Grunderwerbsteuer-Einnahmen zu niedrig angesetzt. Ein wegen der Risiken auf den Finanzmärkten in Bewegung kommender Immobilienmarkt und die vorsichtig optimistischen Konjunkturprognosen rechtfertigen einen Ansatz von 16 Mio €, haben wir doch noch in den Jahren 2007 und 2008 tatsächlich 17,7 bzw. 17,6 Mio € eingenommen. Damit veranschlagen wir 1,5 Mio € mehr als die Verwaltung.

In der Summe sind damit bereits 2,3 Mio € gedeckt., so dass noch ein Fehlbetrag von rund 1,4 Mio € offen ist.

Bevor ich aber dieses Thema weiter vertiefe, möchte ich mich dem Thema Kreisumlage zuwenden, bei dem unserer FDP/FW-Fraktion schon immer an einem fairen Interessenausgleich zwischen dem Landkreis und seinen Kommunen gelegen war. Was die Diskussion um die Höhe des Kreisumlage-Hebesatzes angeht, sehen wir allerdings wenig Spielraum, über die von der Verwaltung vorgeschlagene Absenkung auf 36,0 Prozentpunkte hinauszugehen, steigen doch allein die Ausgaben für Jugend und Soziales bzw. für die Sozial- und Jugendhilfe im Vergleich zum Vorjahr in 2010 um 7,7 Mio € an.

Andererseits halten wir viel von der Solidarität mit unseren durch die Krise ebenfalls schwer „gebeutelten“ Kommunen, weshalb wir eine weitere Senkung des Hebesatzes um 0,25 %-Punkte beantragen, was Mindereinnahmen beim Kreis von 1,1 Mio € bedeutet.

Damit komme ich zum Thema Verwaltungsreform und ihrer Effizienzrendite. Hier dürfen wir der von der Verwaltung aufgezeigte dramatische Entwicklung hin zu einem Defizit, das bis zum Jahr 2011 auf bis zu 5 Mio € ansteigen könnte, nicht tatenlos zusehen. Es ist nicht fair und deshalb auch nicht akzeptabel, dass uns das Land hier „im Regen stehen lässt“ und sich nicht wenigstens zusammen mit den Landkreisen an einen Tisch setzt.

Mit besonderer Sorge sehen wir das erwartete Millionendefizit beim Vermessungswesen. Hierzu bitten wir bis zur Haushaltsverabschiedung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Gebäudeaufnahmen im Rems-Murr-Kreis nicht auf den Laufenden sind ?
2. Wenn ja, welche Einnahmen könnten hierbei noch erzielt werden ?

Ich sage dies vor dem Hintergrund, dass ja das Amt hier von "Amts wegen" tätig werden kann."

Liebe Kreistagskolleginnen und -Kollegen,

wir sollten uns aber auch selbstkritisch fragen, ob wir in der Vergangenheit nicht manchmal zu leichtfertig neue Stellen genehmigt, Berichte eingefordert oder Projekte unterstützt und mitfinanziert haben. Stellvertreternd möchte ich 6 Punkte ansprechen :

1. Unsere FDP/FW-Fraktion hat bei vielen der in den letzten Jahren eingerichteten Stabsstellen von der Wirtschaftsförderung, über den Tourismus bis zur Europabeauftragten Bedenken vorgebracht. Dass diese Stellen wünschenswert sind und dass dort alles in allem eine gute Arbeit geleistet wird, möchte ich gar nicht in Frage stellen - gefragt werden muss allerdings danach, ob wir uns das alles leisten können.
2. Ähnliches gilt für einige der (wenn auch meist zeitlich begrenzten Projekte), die wir in den letzten Jahren mitfinanziert haben. Wir sollten daraus die Lehre ziehen, zumindest zukünftig zurückhaltender zu sein. Nicht nur deshalb beantragt unsere FDP/FW-Fraktion , dass der Rems-Murr-Kreis sich endgültig von dem Projekt „Impulsprogramm Bildungsregion“ verabschiedet. Abgesehen davon, dass der Kreis 50 % der Kosten für die 2,25 neu zuschaffenden Stellen übernehmen müsste, halte ich es schon fast für Zynismus, dass das Land und der Bund für solche Bildungs-Projekte (dazu zähle ich auch das Projekt „Lernen vor Ort“) ganz offensichtlich Geld übrig hat, während gleichzeitig in unseren Schulen Woche für Woche hunderte von Pflichtstunden ausfallen und die so dringend notwendigen Förderstunden zur Förderung der schwächeren und der stärkeren Schüler hinten und vorne fehlen. Das ist für mich, wie wenn ein Familienvater seinen Kindern nicht genug zu essen gibt, damit sie an einem teuren Kochkurs bei einem „Sternekoch“ teilnehmen können.

Dagegen steht unsere FDP/FW-Fraktion ausdrücklich zu den nach dem schrecklichen Amoklauf von Winnenden konkret ins Auge gefassten Maßnahmen wie z.B. den zusätzlichen 3 Jugendberufshelfern/ Schulsozialarbeitern, die zukünftig noch enger an die drei beruflichen Schulen angebunden werden und dort auch im prophylaktischen Bereich wie z.B. der sozialen Gruppenarbeit mit schwierigen bzw. auffälligen Schülern eingesetzt werden sollen.

Die Initiativen zur „Stärkung der Peerkultur“ an Schulen bzw. das „Werteprojekt“ des Kreisjugendrings unterstützen wir.

Auch wenn es eine 100%-ige Sicherheit nie geben wird, sind wir es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, alles in unserer Macht stehende zu tun, um so eine schreckliche Tat zukünftig so unwahrscheinlich wie möglich zu machen. Dies sage ich gerade hier in Winnenden in unmittelbarer Nähe des Tatorts.

Auch sollten wir endlich mit Nachdruck die von Experten, Lehrern, Eltern und Schülern schon seit Monaten eingeforderten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an unseren kreiseigenen Schulen konkret angehen. Wir beantragen, diese unverzüglich auf den Weg zu bringen und dem Kreistag im Frühjahr 2010 darüber zu berichten.

Unsere FDP/FW-Fraktion möchte an dieser Stelle Ihnen Herr Landrat für Ihr besonnenes Verhalten und die Durchführung der Hearings auf Kreisebene danken, die uns doch wichtige neue Erkenntnisse gebracht haben. Danken möchten wir aber auch den betroffenen Eltern, die sich nicht nur ihrer Trauer hingegeben haben, sondern Konsequenzen aus den Ereignissen vom 11. März 2009 einfordern und mit ihrer jüngst gegründeten Stiftung selbst Hilfs- und Unterstützungssysteme für junge Menschen auf den Weg bringen wollen.

Wir müssen -und damit komme ich wieder zurück zum Haushalt im engeren Sinne- angesichts beschränkter Haushaltsmittel Prioritäten setzen. Das heißt für unsere FDP/FW-Fraktion eine ganz konkrete Stärkung jeder einzelnen Beruflichen Schule oder Sonderschule bei ihrer Erziehungsarbeit bei konsequentem Verzicht auf Parallelstrukturen bzw. eines bürokratischen „pädagogischen Überbaus“ wie er z.B. in dem Impulsprogramm „Bildungsregion“ zum Ausdruck kommt.

3. Schon bei Ihrer Gründung hat unsere FDP/FW-Fraktion ein großes Fragezeichen hinter die „Stiftung Rems-Murr-Kreis“, die mittlerweile fast 2 Mio € Kreismittel bindet, gesetzt. Ist es nicht so, dass Stiftungen eigentlich von reichen Leuten bzw. Firmen gegründet werden, die Geld übrig haben? Der Rems-Murr-Kreis war nie in dieser komfortablen Situation und wird nach allem was absehbar ist, auch nicht so schnell zu unerwartetem Reichtum kommen. Nachdem mittlerweile landauf, landab neue Stiftungen gegründet werden, wäre es uns am liebsten, wenn wir unsere Kreis-Stiftung Zug um Zug steuerunschädlich auflösen. und das Kapital unserem laufenden Haushalt zuführen könnten. Wir beantragen dies zu prüfen.
4. Und auch bei noch so verlockend klingenden Projekten wie der Einrichtung eines „Vorlesungs-Campus Backnang“, dem bis zum heutigen Tag die Studenten fehlen, muss in Zukunft noch stärker der Nutzen ins Verhältnis zu den eingesetzten Geldern gesetzt werden.
5. Schließlich verweisen wir noch auf das um sich greifende „Berater- bzw. Gutachter-Wesen“ bzw. „-Unwesen“, das uns erhebliche Summen kostet. Ist es nicht zumindest im einen oder anderen Fall Ausdruck dafür, dass sich die zuständigen Fachbereiche gegenüber Kritik absichern und die Übernahme der Verantwortung für Entscheidungen nicht mehr übernehmen wollen? Da rüber sollten wir einmal ernsthaft nachdenken.
6. Und auch das in letzter Zeit etwas ausufernde Berichtswesen, das sich z.B. in der Erstellung eines Behindertenplans, eines Seniorenplans, eines Psychiatrieplans oder des Berichts „Landkreis der Generationen“ niedergeschlagen hat und sicherlich in hohem Maße personelle und finanzielle Ressourcen beansprucht, könnte u.E. im Interesse unserer Kreisfinanzen in den kommenden Jahren etwas zurückgefahren werden.

Sie sehen also, dass wir durchaus noch Handlungsspielräume zum Sparen sehen, wobei wir uns von einer Haushaltsstruktur-Kommission konkrete Umsetzungsvorschläge versprechen.

Nach unserer Überzeugung ist es mit unseren Gegenfinanzierungs-Vorschlägen und bei einem ernsthaften Bemühen der Verwaltung um weitere Einsparungen möglich, den allergrößten Teil der von uns zusätzlich geforderten Investitionen zu finanzieren.

Was den offenen Teil von rund 2,5 Mio € betrifft, schlagen wir eine Erhöhung der Verschuldung vor. Dies halten wir angesichts der größten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik für vertretbar und notwendig. Wir hätten dann eine Verschuldung von insgesamt rund 73,4 Mio €, die aber immer noch um ca. 3 Mio € unter dem mit 76,3 Mio € höchsten Schuldenstand zum 31.12.2006 liegt. Nochmals: Dies ist zwar alles Andere als ein Vorschlag der zum Jubeln Anlass gibt und wir verkennen auch nicht die Konsequenzen aus den Vorgaben des neuen Haushaltsrechts in Richtung Generationengerechtigkeit, was ja eigentlich zusätzliche Einnahmen in Höhe von 5,3 Mio € erforderlich gemacht hätte, um den Haushalt auszugleichen. In der Abwägung erachten wir aber eine maßvolle Erhöhung der Verschuldung im Interesse der Unterstützung der Konjunktur und der Sicherung von Arbeitsplätzen in der jetzigen Krise nicht nur für rechtlich möglich und vertretbar, sondern für gesamtwirtschaftlich sinnvoll und notwendig.

Damit komme ich zu weiteren Themen, die unserer FDP/FW-Fraktion wichtig sind :

1. Zunächst möchten wir unsere Forderung nach mehr „kreisübergreifender Zusammenarbeit“ wiederholen, so wie dies ja bei der „Gemeinsamen Dienststelle Flurordnung“ bereits erfolgreich praktiziert wird. Wir fragen nochmals konkret nach, ob eine solche „interkommunale Zusammenarbeit“ nicht auch bei Themen wie z.B. bei der Sozial- und Jugendhilfe, bei der Lebensmittelüberwachung ange-

wandt werden könnte. Vielleicht können Sie uns dann in den nächsten Jahren auch einmal über eine durch „Landkreiskooperationen“ erzielte Effizienzrendite berichten.

2. Auch wenn wir um die gerade im Zusammenhang mit dem Klimaschutz wachsende Bedeutung des ÖPNV wissen, sehen wir es mit Sorge, dass der Eigenanteil des Rems-Murr-Kreises am ÖPNV gegenüber 2009 um 19,4 % oder 4,4 Mio € steigt, ein exorbitanter Anstieg, den es seit dem Jahr 2003 nicht mehr gegeben hat.
3. Anfragen möchten wir, wie es um die seit Jahren im Raum stehende Absenkung beim Verkehrslastenausgleich an die Stadt Stuttgart steht. Wir fragen uns, was bei der versprochenen Überprüfung der Berechnungsgrundlage bzw. den Konsultationen mit den anderen Mitgliedern des Verbands Region Stuttgart heraus gekommen ist und beantragen deshalb, im Umwelt- und Verkehrsausschuss über den aktuellen Sachstand zu berichten.
4. Weiter beantragen wir, dass sich der Landkreis angesichts seiner Haushaltslage zukünftig auf seine Kernaufgaben konzentriert, seine Freiwilligkeitsleistungen zumindest einfriert und auf „Co-Finanzierungen“ verzichtet. Letzteres gilt für einen Marketing-Zuschuss für das Kompetenzzentrum PEC in Höhe von 15.000.-- € genauso, wie für eine Beteiligung an den Betriebskosten der Tourismusbahn nach Welzheim. Solche Zusagen und Zuschüsse schaffen Präzedenzfälle und werden erfahrungsgemäß schnell zu einem „Fass ohne Boden“. Deshalb lehnt unsere FDP/FW- Fraktion jegliche Beteiligung an den Betriebskosten aus grundsätzlichen Erwägungen ab.
5. Aus denselben Gründen sollten wir auch beim Stundensatz für Tageseltern entgegen dem Antrag der CDU nicht über den vom KJS empfohlenen Betrag von 3,90 € hinausgehen.
6. Nachdem die ARGE Rems-Murr aus rechtlichen Gründen in der jetzigen Form nicht weitergeführt werden kann, regen wir vor einer Neuorganisation eine Bestandsaufnahme bzw. Evaluation hinsichtlich der in unserem schriftlichen Antrag genannten Punkte an (z.B. hinsichtlich der Entwicklung bei der Anzahl der Mitarbeiter, dem Umfang der Ausgaben, der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, der Anzahl der Unterhaltsberechtigten an der Gesamtzahl der Hilfeempfänger, der Zahl der Rückstände und Klagenfälle oder die Anzahl an verhängten Ordnungswidrigkeiten bzw. eingeleiteter Strafverfahren) und beantragen dem zuständigen Ausschuss darüber und wie es mit der ARGE weitergehen soll, zeitnah zu berichten.
7. Hinsichtlich der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für unsere Beruflichen Schulen fordern wir, möglichst frühzeitig auch die Kammern und Ausbildungsbetriebe einzubinden. Wir geben angesichts der negativen Erfahrungen bei der letzten Fortschreibung im Jahre 2004 zu bedenken, dass Planungen am „grünen Tisch“ bei deren Konfrontation mit der Realität oft zu ganz anderen als den beabsichtigten und gewünschten Ergebnissen führen. Wenn wir unsere noch gute Stellung in der Beruflichen Aus- und Weiterbildung auch in Zeiten rückläufiger Schülerzahlen behaupten wollen, dann müssen wir uns gegen die aus dem Boden schießenden Privatschulen aufstellen und zur Kenntnis nehmen, dass Stuttgart derzeit in Sachen Beruflichem Schulwesen „massiv aufrüstet“, d.h. neue Schulen und Bildungsgänge eingerichtet hat und einrichten wird.
8. Erfreulich ist es, dass die Abfallgebühren auch in den kommenden beiden Jahren weitgehend konstant bleiben können und damit mehr denn je zu den Niedrigsten überhaupt im Land zählen. Dank auch dafür, dass unsere alte und hartnäckige Forderung nach einer größeren Photovoltaik-Anlage im Deponebereich umgesetzt wird. Und auch der Bau der Bio-Vergärungsanlage in Backnang-Neuschönthal ist eine gleichermaßen ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Maßnahme.
9. Ähnlich positiv ist es, dass es unserer gemeinnützigen „Rems-Murr-Kliniken gGmbH“ erstmals seit Jahren gelungen ist , das bedrohlich gestiegene Betriebsdefizit unserer Kliniken zumindest zu stoppen. Die Anstrengungen unseres Krankenhausdirektors Winter und seines Teams bzw. die Umwandlung des Eigenbetriebs in eine gGmbH tragen offensichtlich erste Früchte. Unsere FDP/FW-Fraktion unterstützt ausdrücklich alle Bemühungen, unsere Krankenhäuser wirtschaftlich zu stabilisieren und strukturell bzw. personell auf die Inbetriebnahme des neuen Krankenhauses in Winnenden vorzubereiten.

Und ich sage es hier und heute nochmals mit aller Deutlichkeit, dass nachdem eine -wenn auch noch so knappe- demokratische Entscheidung gefallen ist, wir alle jetzt Demokraten genug sein sollten, diese zu respektieren. Im Übrigen ist nach dem Bau- beginn und der Vergabe von Bauleistungen im Umfang von fast 40 Mio € die Entscheidung ohnehin nicht mehr umkehrbar, mag der Landrat heißen wie er will. Vor allem aber sollten wir jeder einzelnen Kreisrätin bzw. jedem einzelnen Kreisrat abnehmen, dass er bzw. sie in dieser Frage nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat. Auch sollten wir bedenken, dass diese Entscheidung der Kreistag und nicht der Landrat getroffen hat, der ja bekanntermaßen in diesem Gremium gar nicht stimmberechtigt ist. Trennen wir also endlich Person und Sache und messen wir den Wert eines Menschen nicht daran, ob er für oder gegen den Krankenhausneubau gestimmt hat. Nach wie vor ist m. E. mehr Differenzierung, mehr Fairness und mehr Menschlichkeit im gegenseitigen Umgang miteinander wünschenswert.

Ausdrücklich begrüßt unsere FDP/FW-Fraktion die Initiative unseres Landrats, in einer Lenkungsgruppe zusammen mit den Oberbürgermeistern von Waiblingen und Backnang das Thema Nach-

nutzungskonzept jetzt noch zielgerichteter anzugehen. Gleiches gilt für die in Kooperation mit der Kreisbau konzipierten Gesundheitszentren in Backnang und Winnenden.

Liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen,

mit dem zu Ende gehenden Jahr 2009 neigt sich auch die Amtszeit unseres Landrats ihrem Ende zu und wir haben am 18. Januar 2010 darüber zu entscheiden, ob wir Johannes Fuchs eine zweite Amtszeit zugestehen oder einen neuen Landrat wählen.

Jeder muss diese Frage für sich beantworten, wobei Herr Fuchs eine sachliche Bewertung seiner Arbeit in den vergangenen 8 Jahren verdient hat. Dabei kommt unsere FDP/FW-Fraktion zu dem Schluss, dass er bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache hinsichtlich seiner Kompetenz, seines Einsatzes für den Rems-Murr-Kreis, seines Führungsstils, seiner offenen und fairen Kommunikationskultur und der frühzeitigen Einbindung der Kreisräte in Entscheidungsprozesse die uneingeschränkte Anerkennung und Wertschätzung aller Kreisräte verdient.

Was Johannes Fuchs als Landrat seit seinem Amtsantritt im Jahr 2002 angepackt und auf den Weg gebracht hat, ist beachtlich und kann sich wahrlich sehen lassen, wobei er auch mutig „Altlasten“ bzw. „heiße Eisen“ angepackt und einer Lösung zugeführt hat.

Im Zusammenhang mit dem Amoklauf von Winnenden hat Herr Fuchs einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sein Handeln immer von Besonnenheit und sorgfältiger Abwägung gekennzeichnet war und ist und er wohlüberlegte, seriöse und nachhaltige Ergebnisse der schnellen, populären oder gar populistischen Erfolgsmeldung vorzieht.

Deshalb erkläre ich namens unserer FDP/FW-Fraktion auch hier und heute, dass Johannes Fuchs unseres Erachtens unterm Strich in den vergangenen 8 Jahren als Landrat gut und erfolgreich gewirkt und unseren Rems-Murr-Kreis nach vorne gebracht hat, weshalb wir keinen Anlass zu einem personellen Wechsel sehen und ihn mit großer Mehrheit bei der Wahl am 18. Januar unterstützen werden.

Abschließend möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, den Amtsleitern und Dezernenten für Ihre durchweg engagierte und bürgerorientierte Arbeit danken.

Namentlich erwähnen möchte ich unseren Kreiskämmerer Joachim Karsten und den Leiter des Kämmerei-amts Herrn Hermann Schmid, die uns viele Jahre lang verantwortungsbewusste Sachverwalter unserer Kreisfinanzen waren. Obwohl Sie beide kurz vor ihrem Eintritt in den Ruhestand stehen, haben sie es sich nicht nehmen lassen, zusammen mit ihren Mitarbeitern die „Herkules-Aufgabe“ der Umstellung auf das „Neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen“ anzugehen und uns für 2010 einen Haushaltsplan nach neuem Recht vorzulegen. Dies verdient den uneingeschränkten Respekt und ein herzliches „Danke schön“ von uns allen.

Ihnen allen danke ich dafür, dass Sie auch mir als letztem Haushaltsredner noch zugehört haben.

Besinnen wir uns gerade in den nächsten Wochen darauf, dass neben der politischen Auseinandersetzung, die zur Demokratie gehört und notwendig ist, ein gewisser Grundkonsens und vor allem ein menschlich fairer Umgang miteinander nicht auf der Strecke bleiben darf.

In diesem Sinne wünsche ich uns konstruktive Diskussionen und Entscheidungen im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen.